

Prof. Dr. Hanna Pfeifer Professur für  
Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt  
Radikalisierungs- und Gewaltforschung +49  
(0) 69 959104-34 [pfeifer@hsfk.de](mailto:pfeifer@hsfk.de)

14.10.2022

**Schriftliches Statement für die Anhörung des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag**  
*"Systemische Konkurrenz" von liberalen Demokratien und autoritär geführten Staaten:*  
*Handlungsstrategien zur Wahrung der regelbasierten internationalen Ordnung (17.10.22)*

Die Idee eines Systemwettbewerbes zwischen liberalen Demokratien auf der einen und autoritären Staaten auf der anderen Seite erfreut sich nicht nur in deutschen sicherheitspolitischen Kreisen einer neuen Beliebtheit. Auch wenn diese Semantik bereits vor den Geschehnissen seit Februar 2022 Einzug in westliche Diskurse hielt, so wird insbesondere unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine die These wiederbelebt, dass von autoritären Staaten grundsätzlich eine Gefahr für die friedliche und regelbasierte internationale Ordnung ausgeht. Demokratien wird dagegen eine Friedens- und Kooperationsneigung zugeschrieben.

Mein Statement wird dieses Bild durch vier Thesen verkomplizieren. Die Thesen raten zur Vorsicht vor Kurzschlüssen zwischen der demokratischen oder autoritären inneren Ordnung eines Staates einerseits und seinem zu erwartenden Außenverhalten andererseits:

1. Die dichotome Unterscheidung zwischen liberalen Demokratien und autoritär geführten Staaten ist empirisch nicht haltbar und für das praktische Urteil nicht hilfreich.
2. Es gibt eine große Varianz in der inneren Organisation autoritärer Staaten. Nur bestimmte Diktaturen neigen unter spezifischen Bedingungen zu einem aggressiven bis kriegerischen Außenverhalten.
3. Dass ein Staat nicht demokratisch ist, schließt ihn nicht grundsätzlich als Partner im Aufbau einer regelbasierten internationalen Ordnung aus. Manche transnational gelagerten Probleme lassen sich nur durch Kooperation auch mit autoritären Staaten bearbeiten.
4. Eine auf der dichotomen Unterscheidung basierende Rhetorik in der Außen- und Weltordnungspolitik hat das Potential, Feindbilder zu schaffen, Konfliktlinien fortzuschreiben und Antagonismen zu vertiefen. Sie ist damit Bestrebungen zur Deeskalation von Konflikten abträglich.

Die hier zum Ausdruck gebrachte, fachliche Sicht ist die der Autorin, nicht des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) oder der Goethe-Universität Frankfurt.